

Wirtschaft

Stromsteuer: Unternehmen und private Haushalte sollen durch eine Senkung der Stromsteuer auf das in der EU zulässige Minimum entlastet werden. Dies soll eine Ersparnis von mindestens fünf Cent pro Kilowattstunde bringen. Zudem planen Union und SPD, die Übertragungsnetzentgelte – ein Bestandteil des Strompreises – zu halbieren.

Steuerreform: Die „breite Mittelschicht“ soll laut Sondierungspapier steuerlich entlastet werden. Geplant ist eine Reform der Einkommensteuer sowie eine Erhöhung der Pendlerpauschale in der Steuererklärung.

E-Autos: Um die zuletzt schwächelnde Nachfrage nach Elektrofahrzeugen wieder anzukurbeln, wollen Union und SPD erneut finanzielle Anreize schaffen. Die zuvor bestehende Kaufprämie wurde Ende 2023 aufgrund von Haushaltsengpässen durch die Ampel-Koalition abrupt gestrichen, woraufhin die Nachfrage deutlich zurückging.

Gastronomie: Die reduzierte Umsatzsteuer von sieben Prozent auf Speisen in der Gastronomie soll dauerhaft beibehalten werden. Während der Corona-Pandemie war sie vorübergehend von 19 auf sieben Prozent gesenkt worden.

Landwirtschaft: Die von der Ampel-Koalition beschlossene Abschaffung der Agrardiesel-Vergünstigung für Landwirte soll rückgängig gemacht werden.

Arbeit und Soziales

Mindestlohn: Der Mindestlohn soll zur Stärkung der Kaufkraft und der Binnenkonjunktur beitragen. Bis 2026 soll er auf 15 Euro pro Stunde angehoben werden.

Rente: Wer über das Renteneintrittsalter hinaus freiwillig weiterarbeitet, soll künftig bis zu 2.000 Euro pro Monat steuerfrei dazuverdienen können. Außerdem soll die sogenannte Mütterrente erweitert werden: Für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sollen statt bislang zweieinhalb nun drei Erziehungsjahre bei der Rente angerechnet werden.

Bürgergeld: Das System des Bürgergelds soll überarbeitet werden. CDU-Chef Friedrich Merz kündigte an, es in eine Grundsicherung für Arbeitssuchende umzugestalten. Wer mehrfach zumutbare Arbeit ablehnt, soll künftig vollständig von den Leistungen ausgeschlossen werden.

Pflege: Angesichts steigender Kosten planen Union und SPD eine umfassende Reform der Pflegeversicherung.

Arbeitszeit: Künftig soll es die Möglichkeit geben, eine wöchentliche statt eine tägliche Höchstarbeitszeit festzulegen. Zudem sollen Zuschläge für Mehrarbeit, die über eine tariflich vereinbarte Vollzeitarbeit hinausgeht, steuerfrei bleiben.

Migration

Staatsangehörigkeitsrecht: Die von der Ampel-Koalition beschlossene Reform des Staatsangehörigkeitsrechts soll bestehen bleiben. Dazu zählen verkürzte Wartefristen für die Einbürgerung sowie die Möglichkeit des Doppelpasses für Nicht-EU-Bürger.

Zurückweisungen: Menschen, die an den Landgrenzen Asyl beantragen, sollen in Abstimmung mit den Nachbarstaaten zurückgewiesen werden können. Solche Zurückweisungen sind jedoch nur an Stellen mit stationären Grenzkontrollen möglich. Diese wurden in den vergangenen Jahren von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) schrittweise ausgeweitet, dennoch dürfen Asylsuchende in der Regel weiterhin einreisen.

Familiennachzug: Der Nachzug von Familienangehörigen subsidiär Schutzberechtigter soll vorübergehend ausgesetzt werden, wobei noch keine genaue Dauer genannt wurde. Zudem ist eine verstärkte Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern geplant: Abschiebungen sollen künftig ohne verpflichtenden Rechtsbeistand erfolgen, die Bundespolizei soll Abschiebehaft anordnen können, und die Liste sicherer Herkunftsstaaten soll erweitert werden.

Weitere ausgewählte Vorhaben

Mietpreisbremse: Die Mietpreisbremse soll um zwei Jahre verlängert werden. Zudem soll der soziale Wohnungsbau weiter ausgebaut werden, um den Wohnungsmarkt zu stabilisieren.

Nahverkehr: Die Zukunft des Deutschlandtickets für Busse und Bahnen ist Thema in den Koalitionsverhandlungen. Es soll geprüft werden, ob das Ticket über das Jahresende hinaus fortgeführt wird.

Wahlrecht: Eine erneute Reform des erst kürzlich geänderten Bundestagswahlrechts wird erwogen. Kritik gab es insbesondere daran, dass einige Direktkandidaten trotz Wahlsiegs in ihrem Wahlkreis kein Mandat erhielten.

Klimaschutz: Im Bereich Klimaschutz sollen marktgerechte Rahmenbedingungen geschaffen werden, etwa durch Quoten für klimaneutralen Stahl, eine Grüngasquote oder Vorgaben im Vergaberecht. Union und SPD bekennen sich zu den deutschen und europäischen Klimazielen und wollen entschlossen darauf hinarbeiten, diese einzuhalten.

Finanzierung

Sondervermögen: Geplant ist ein Sondervermögen „Infrastruktur Bund/Länder/Kommunen“ mit einem Gesamtvolumen von 500 Milliarden Euro und einer Laufzeit von zehn Jahren. Diese Mittel sollen für Investitionen in verschiedene Bereiche genutzt werden, darunter Zivil- und Bevölkerungsschutz, Verkehrsinfrastruktur, Krankenhäuser, Energieversorgung, Bildung, Forschung und Digitalisierung.